

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (24)



31. Oktober 2019

Liebe Freundinnen und Freunde!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unser wichtigster Punkt für die Kreistagssitzung am 30. Oktober 2019 war der jährliche Antrag für eine Weihnachtsbeihilfe, die Kindern aus einkommensschwachen Familien als Einmalzahlung gewährt werden soll. So bringen wir das Thema Kinderarmut in den Kreistag. Wir finden, damit kann man die Parteien nicht oft genug konfrontieren. Alle bekämpfen ja immer vollmundig die Kinderarmut. Da fragt man sich doch, warum arme Kinder immer mehr von der gesellschaftlichen Teilhabe abgehängt werden.

In dieser Kreistagssitzung stimmte die Koalition aus SPD und CDU erstmals getrennt ab. Es ging um das „Starke Heimat“-Gesetz, das die schwarzgrüne Landesregierung derzeit in der Mache hat. Dieses Gesetz hat – wie so oft – einen schönen Namen aber einen zweischneidigen Inhalt: Kommunale Selbstverwaltung wird untergraben.

Endlich schüttet die Sparkasse Oberhessen Gewinne an den Kreis aus. Das haben wir zu jeder Haushaltsdebatte und zu jeder anderen möglichen Gelegenheit seit 2012 eingefordert. Jetzt wird darum gestritten, für was das Geld verwendet werden soll.

Das sind die Themen der heutigen Ausgabe:

1. Antrag DIE LINKE / Piraten: Weihnachtsbeihilfe.
2. Antrag DIE LINKE / Piraten: Beihilfe für die Erstaussstattung einer Wohnung.
3. Beschluss einer Gebührensatzung für die Unterbringung in einer Flüchtlingsunterkunft.
4. FDP-Antrag: „Starke Heimat“-Gesetz höhlt kommunale Selbstverwaltung aus.
5. NPD-Antrag: Missbilligung der Abwahl von Stefan Jagsch als Ortsvorsteher.
6. Antrag der Grünen: Verkehrssituation am Schulzentrum Konradsdorf verbessern.
7. Antrag der Grünen: Die Gewinnausschüttung der Sparkasse an den Kreis soll für den Klimaschutz ausgegeben werden.

RÜCKLICHT

Gesundheitsversorgung ist Daseinsfürsorge!

Alexander Jakob und Christian Haffner vom Hausärzterverband Wetterau informierten die Fraktion DIE LINKE./Piraten und den Bundestagsabgeordneten Achim Kessler über die hausärztliche Versorgung im Kreis: Es ist schwierig, Nachfolger/innen für Hausarztpraxen zu finden. Die jungen Ärztinnen und Ärzte müssen erst einmal viel Geld aufbringen, um eine Praxis zu eröffnen. Sie verschulden sich und binden sich zu Beginn ihres Berufslebens. Das schreckt ab. Auch die schlechtere Infrastruktur auf dem Land stellt ein Hindernis dar. Besonders der fehlende ÖPNV wurde genannt. Landärzte absolvieren deshalb mehr Hausbesuche, als ihre Kolleg/inn/en in der Stadt. Und hier lauert noch anderes Ungemach: Sollte ein Hausbesuch bei der Überprüfung der Leistungen als "ungerechtfertigt" eingestuft werden, drohen Regressforderungen. In der Presse war schon öfter von Hausarztpraxen berichtet worden, die aufgrund von Regresszahlungen aufgeben mussten. Einigkeit bestand zwischen den Ärzten und der Linksfraktion darin, dass gegen Privatisierungen im Gesundheitswesen Widerstand nötig ist. Gesundheitsversorgung ist Daseinsfürsorge und gehört in öffentliche Hand. Patienten sind keine Werkstücke und die Behandlung darf nicht aus betriebswirtschaftlicher Sicht erfolgen.



1. September 2019:

Antikriegstag

DIE LINKE. Wetterau beteiligte sich an der Demonstration in Frankfurt zum Antikriegstag. 80 Jahre ist es her, dass der deutsche Faschismus den zweiten Weltkrieg begann. Über 60 Millionen Tote und die Vernichtung von Städten, Kulturschätzen und ganzen Landstrichen war die Folge.

Antrag LINKE. / Piraten: Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien

Zum vierten Mal brachten wir diesen Antrag ein.

„Der Kreistag möge beschließen:

Kinder aus Familien, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen, bzw. berechtigt sind, Zuschüsse aus dem Bildungs- und Teilhabepaket BUT in Anspruch zu nehmen, erhalten vom Wetteraukreis jeweils zu Weihnachten eine Weihnachtsbeihilfe von 50 Euro als Einmalzahlung.“

Den vollständigen Antrag mit Begründung finden Sie hier:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1070-weihnachtsbeihilfe-f%C3%BCr-kinder-aus-einkommensschwachen-familien.html> :

Es ist und wichtig, das Thema ‚Kinderarmut‘ immer wieder in den Kreistag einzubringen. In den Wahlreden kommt es stets vor. Aber nach der Wahl schert sich niemand mehr darum. Dabei könnte der Kreis wenigstens eine Duftmarke setzen!

Das ist unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender. Meine Damen und Herren!

Sie werden auch dieses Jahr diesen Antrag ablehnen. Herr Becker wird sich sicherlich wieder eine Begründung überlegt haben, die - wie in den Jahren davor - vom Thema ablenkt und das Gewissen beruhigt. Es wird alles sein, wie voriges Jahr.

Nur wissen Sie: Die Kinderarmut ist nicht wie voriges Jahr! Jüngere Untersuchungen zeigen: Kinder aus armen Familien fallen immer weiter zurück bei der gesellschaftlichen Teilhabe.

Jetzt wird an dieser Stelle immer angeführt: Die Sozialleistungen für Kinder sind doch gestiegen. So wurde zum Beispiel das Kindergeld von 194 auf 204 Euro erhöht. Wenn Sie jetzt, meine Damen und Herren, Kinder haben, können Sie ihnen nun mehr zugute kommen lassen. Doch die Familien, die am wenigsten haben und von Hartz4 leben müssen, haben nichts von der Kindergelderhöhung! Das Kindergeld wird vom Jobcenter in voller Höhe von Hartz4 abgezogen. Vom Kindergeld verbleibt nichts!

An dieser Stelle sagen Sie dann auch gerne: Dafür gibt es Leistungen vom Bildungs- und Teilhabepaket. Das ist seit dem 1. August erhöht worden von 100 auf 150 Euro pro Schuljahr. Zuschüsse für Vereinsmitgliedschaften stiegen von 10 auf 15 Euro. Das soll die soziale Teilhabe ermöglichen. Guter Plan. Am Ende ist es dann so:

Die tatsächlichen Schulkosten liegen je nach Jahrgang zwischen 200 und 400 Euro. Das haben mehrere wissenschaftliche Untersuchungen festgestellt. Das heißt, gerade die armen Eltern müssen hier noch einmal kräftig selber zahlen und wissen gar nicht, woher sie das Geld nehmen sollen. Und was diese zehn oder 15 Euro anbelangt für Teilhabe, so nehmen nur 15 Prozent aller Berechtigten diese Leistung tatsächlich in Anspruch.

Warum ist das so?

Es bleiben immer Restkosten, für die die Eltern kein Geld haben.

Nehmen Sie den Fußballverein: Da kann man zwar mit diesen 15 Euro gerade den Beitrag bezahlen, aber wenn dann die Schuhe gekauft werden müssen, wenn die mittlerweile ziemlich teuren Trikots gekauft werden müssen, wenn es auf Turnierfahrten geht - das können diese Eltern nicht zuschießen. Und deswegen nehmen sie diese Leistungen erst gar nicht in Anspruch.

Ihre alljährliche Begründung, unseren Weihnachtsbeihilfeantrag abzulehnen war ja:

Die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket wären ausreichend für das sozio-kulturelle Existenzminimum von hilfebedürftigen Kindern.

Das sagt hier die SPD, obwohl man selbst in ihrem Parteiorgan, dem „Vorwärts“, das Gegenteil lesen könnte, wenn man denn wollte.

Meine Damen und Herren, dann wollen wir uns also an dieser Stelle auch wiederholen:

Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket gibt es für Weihnachten nicht – nicht mal für ein Buch!

Für ein Kind zwischen 15 und 17 Jahren enthält der Regelsatz bei Hartz4 monatlich 23 Cent für Bildung. Für ein Weihnachtsgeschenk enthält er nichts!

Wenn ein Gesetz Kindern ein Weihnachtsgeschenk vorenthält, oder die Eltern zwingt, sich ein Geschenk vom Munde abzusparen, dann sollte man zeigen, wie unsozial dieses Gesetz ist und sich nicht zu seiner Verteidigung in die Bresche werfen! Dann sollte man Mittel und Wege finden, wenigstens zu Weihnachten mal Nächstenliebe zu zeigen. Wir nennen das Solidarität.

Wir beantragen deshalb erneut, eine Weihnachtsbeihilfe von 50 Euro als Einmalzahlung für jedes Kind aus einer hilfebedürftigen Familie.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Für unseren Antrag stimmten dieses Mal die Grünen. Er wurde mehrheitlich abgelehnt.

Antrag DIE LINKE. / Piraten: Beihilfe für die Erstaussstattung einer Wohnung

Diesen Antrag stellten wir in der Debatte um den Haushalt 2019/2020 am 4. 12. 2018.

Seither lag er im Sozialausschuss. Dort wurde er jetzt endgültig entschieden: Sogar teilweise positiv – dennoch unzureichend.

Zunächst nochmal den Antrag zur Erinnerung:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/966-%C3%A4nderungsantrag-3-zum-haushalt-2019-2020-leistungen-f%C3%BCr-erstaussstattung-wohnung-aufstocken.html>

Um was geht es? Menschen, die gar nichts haben, wenn sie erstmals in eine Wohnung ziehen, können einen Zuschuss für die Erstaussstattung beantragen. Das gilt etwa für Frauen, die ins Frauenhaus flüchten mussten, für entlassene Strafgefangene, für Flüchtlinge oder Jugendliche, die erstmals ausziehen.

Die Pauschale betrug früher für 1 Person 2060 Euro, für 2 Personen 2250 Euro und für jede weitere Person plus 300 Euro. Seit 2012 wurde die Pauschale für die Erstaussstattung von Wohnungen annähernd halbiert.

Derzeit stehen einer Person nur noch 1195 Euro zu, 2 Personen 1333 Euro und jeder weiteren Person plus 210 Euro. In der Realität ist es oft noch weniger: 800 bis 900 Euro - pro Familie.

Die Fraktion DIE LINKE/Piraten möchte, dass die Beihilfe für die Erstaussstattung von Wohnungen wieder auf das Niveau von 2012 zurück geführt wird.

Die anderen Parteien gehen aber davon aus, dass die Preise für gebrauchte und niedrigpreisige Einrichtungsgegenstände seit 2012 drastisch gesunken seien. Das entbehrt jeder Realität.

Zuerst wurde im Ausschuss folgendes vorgeschlagen: Der Erstaussstattungsbetrag soll um 20 Prozent aufgestockt und dann immer den Erhöhungen der Sozialleistungen automatisch angepasst werden. Doch am Ende konnten sich die Damen und Herren nur zu einer Erhöhung um 10 Prozent Sockelerhöhung durchringen. Wir bleiben dran!

Beschluss einer Gebührensatzung für die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge

Der Kreisausschuss legte eine Gebührensatzung vor. Damit setzte der Wetteraukreis eine neue Regelung des Landesaufnahmegesetzes um.

Worum geht es? Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften sollen einen Anteil an den Kosten der Unterkunft zahlen. Bekommen sie Hartz4, wird das vom Jobcenter übernommen. Gehen sie arbeiten, zahlen sie das selbst. Soweit, so gut.

Wie bei jeder Miete, ist jedoch die Höhe der Zahlung entscheidend.

Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

die Fraktion DIE LINKE. / Piraten wird gegen diese Gebührensatzung stimmen.

Sie legen hier fest, dass pro Person 287,58 Euro Gebühr in einer Gemeinschaftsunterkunft fällig werden soll. Wir fragen: Unter welchen Bedingungen leben die Flüchtlinge? Haben sie ein Zimmer für diese 287,58 Euro oder kostet soviel ein Bett in einem Mehrbettzimmer? Nach Ihren eigenen Angaben verfügen Bewohner/innen in Wetterauer Unterkünften durchschnittlich über 6–9 m² pro Person. Rechnen wir mit 9 Quadratmetern, wäre das eine Wuchermiete von 31,95 Euro pro Quadratmeter! Für meist noch nicht mal ein eigenes Zimmer!

Warum bleiben denn Flüchtlinge in einer Gemeinschaftsunterkunft? Weil es ihnen dort so gut gefällt? Nein! Sie finden keine bezahlbare Wohnung! Sozialwohnungsbau ist die Aufgabe, die angepackt werden muss! Das Schröpfen von Flüchtlingen lehnen wir jedenfalls ab! Im Land und auch im Kreis!

Die Satzung wurde mehrheitlich angenommen.

FDP-Antrag: „Starke Heimat“-Gesetz höhlt kommunale Selbstverwaltung aus

Es kommt ja nicht so oft vor, dass die Fraktion DIE LINKE. / Piraten einem Antrag der FDP zustimmt. Aber hier hat die FDP recht. Was ist der Hintergrund?

Der Solidarpakt, der für den Ausbau der Ostdeutschen Länder verwendet wurde, läuft noch dieses Jahr aus. Dann verbleiben in Hessen ca. 425 Millionen Euro. Damit könnte ein Teil der chronischen finanziellen Unterversorgung der Kommunen abgefangen werden. Aber das Land will nur 25% des Geldes in die Entscheidung der Kommunen geben. Über den Rest will das Land selbst entscheiden. Das Geld soll in Projekte und die Hessenkasse fließen. Das klingt in kommunalen Ohren nach Gutsherrenart und nicht nach kommunaler Selbstverwaltung.

Die Rede dazu im Kreistag:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Wir werden diesem Antrag unsere Zustimmung geben. Schon bei der Anhörung im Landtag haben sich die Kommunen mit großer Mehrheit gegen dieses „Starke Heimat“-Gesetz ausgesprochen.

Die schwarzgrüne Landesregierung hält aber an diesem - bundesweit einmaligen - Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung fest. Sie möchte kommunale Mittel lieber selbst nach Gutsherrenart verteilen, statt die Kommunen darüber entscheiden zu lassen, wie sie die ihnen originär zustehenden Mittel verwenden wollen.

An sich sollte der Kommunale Finanzausgleich den Kommunen eine dauerhaft gute Finanz-ausstattung gewährleisten. So, dass sie auch in der Lage sind, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Stattdessen bleiben sie unterfinanziert.

DIE LINKE. erwartet eigentlich, dass die Landesregierung das Gesetz zurückzieht.

Hier stimmten die Koalitionsparteien SPD und CDU erstmals in dieser Wahlperiode getrennt ab. Die CDU als Regierungspartei im Land lehnte den Antrag der FDP ab. Logischerweise im Verbund mit den Grünen. Die SPD stimmte zu.

Der Antrag wurde in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

NPD-Antrag: Missbilligung der Abwahl von Stefan Jagsch als Ortsvorsteher in Altenstadt-Waldsiedlung

Die NPD wollte sich nicht mit der Abwahl des Ortsvorstehers Jagsch abfinden. Einen Abwahantrag könne es „nach unserer Freiheitlich Demokratischen Grundordnung nicht geben“. Die NPD verglich diese Abwahl mit Wahlen in Russland, China oder der Türkei. Das haben wir dazu gesagt:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
zu dem NPD-Antrag ist wenig zu sagen. Nur das:*

Wenn jemand gewählt werden kann, kann er auch abgewählt werden.

Aber wozu man dringend etwas sagen muss, ist, dass offensichtlich das politische Bewusstsein fehlt, wenn Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Parteien nichts dabei finden, einen Faschisten zum Ortsvorsteher zu wählen.

Und das war ja auch nicht die erste einstimmige Wahl des NPD-Funktionärs. Auch nach der letzten Kommunalwahl wurde Herr Jagsch zum Stellvertreter des Vorsitzenden der Gemeindevertretung Altenstadt gewählt.

Meine Damen und Herren, als ich bei der letzten Kreistagssitzung gegen einen NPD-Antrag sprach, hörte ich hier aus der Mitte die Äußerung: Dass sich hier linke uns rechte bekämpfen, müsse ein Ende haben. Ich kann dazu nur sagen: Fangen Sie an! Fangen Sie endlich an, sich ernsthaft mit der antidemokratischen und terroristischen Politik von Rechts auseinander zu setzen! Reden sie! Und überlassen Sie nicht der AfD und NPD das Feld!

Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag der Grünen: Verkehrssituation am Schulzentrum Konradsdorf verbessern

Wir stimmen diesem Antrag zu. Die Verkehrssituation in Konradsdorf muss dringend entschärft werden! In den Stoßzeiten – zu Unterrichtsbeginn und Schulschluß – drängen sich Schulbusse, Autos und Fußgänger/innen. Immer wieder kommt es zu brenzlichen Situationen. Ein Radweg fehlt ganz und der enge Fußweg ist in einem erbärmlichen Zustand.

Der Antrag soll im Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft weiter beraten werden.

Antrag der Grünen: Die Gewinnausschüttung der Sparkasse Oberhessen an den Kreis soll für den Klimaschutz ausgegeben werden

Erstmals hat die Sparkasse Oberhessen 1,5 Millionen Euro an den Kreis ausgeschüttet. DIE LINKE. beantragte eine Gewinnausschüttung zum ersten Mal 2012. Damals wurde dieser Antrag noch nicht mal auf die Tagesordnung des Kreistags genommen. Danach haben wir das immer wieder in die Haushaltsdebatten eingebracht.

Die Kreise Wetterau und Vogelsberg sind Träger der Sparkasse. Sie tragen im Ernstfall das Risiko für das Kreditinstitut. Die Sparkasse Oberhessen steht auch mit hohen Gewinnen und Rücklagen gut da. Aber die Kreise hatten nichts davon. Selbst der Landesrechnungshof monierte immer wieder in seinen Berichten, dass die Sparkasse nichts an ihre Träger ausschüttet!

Wir verstehen, dass die Grünen jetzt das Geld für Klimaprojekte ausgeben wollen. Doch unser Anliegen war es seit 2012, dieses Geld für den sozialen Wohnungsbau auszugeben. Und dabei bleiben wir auch.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter! Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber